



öffentlich

Betreff:

Aufsichtsrat für die Potsdam Marketing und Service GmbH

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 29.08.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

14.09.2016 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 7. Dezember 2016 einen Vorschlag zur Bildung eines Aufsichtsrates für die Potsdam Marketing und Service GmbH vorzulegen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Diskussion um die Schließung der Touristen-Information im Potsdamer Hauptbahnhof zeigt, dass zum einen die Stadtverordnetenversammlung nicht ausreichend in den Diskussionsprozess um die Schließung einbezogen wurde und zum anderen, dass die damit im Zusammenhang gebrachte Unterfinanzierung, die ausschlaggebend für die geplante Schließung sein soll, schon wenige Monate seit dem Bestehen der Gesellschaft bedenkliche Züge annimmt.

Um zu verhindern, dass auch diese Gesellschaft wie diverse Vorgängergesellschaften endet, muss eine unmittelbare Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung in Form eines Aufsichtsrates gewährleistet sein.